

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementpreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Rasner, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigentell: Edward Steinbocker, Berlin.

Einserate für die vierspaltigen Zeilen ober bezw. unter dem Haupttitel.

Die Tarifverträge im Deutschen Reich Ende 1912.

kl. Zu den zahlreichen Streitfragen, die vor kaum zwei Jahrzehnten in den deutschen Gewerkschaften die Gemüter auf das heftigste bewegten...

Mit der wachsenden Ausbreitung des Tarifvertragssystems hat erfreulicherweise auch die Tarifstatistik gleichen Schritt gehalten. Nicht nur die interessierten Gewerkschaften...

Das Statistische Amt macht eine Unterscheidung zwischen Tarifvertrag und Tariftgemeinschaft. Bei der Zählung der Tarifverträge nach berichtenden Verbänden...

Nach den Gewerbegruppen, wie sie in dem Gewerbeverzeichnis für die Berufs- und Betriebszählung von 1907 umgrenzt sind...

Table with 6 columns: Gewerbegruppe, Tarifverträge, Betriebe, Personen, Tariftgemeinschaften, Betriebe, Personen. Rows include Landw., Gärtn., Forstwirtschaft, Bergbau, Industrie d. Steine u. Erden, etc.

Die Anzahl der Personen für die 1912 tarifliche Bestimmungen neu vereinbart wurden, bleibt hinter der der Vorjahre um ein beträchtliches zurück.

Erstmalig bringt die amtliche Statistik einen Vergleich mit der gewerblichen Betriebsstatistik vom 12. Juni 1907; es sind von in Betracht kommenden Gewerbegruppen...

Table with 4 columns: Gewerbegruppen, Zahl der Personen überhaupt, 31. 12. 1912 tariflich gebunden, Von je 100. Rows include Landwirtschaft usw., Bergbau usw., Steine und Erden, etc.

Es folgt das Baugewerbe und dann das Holzgewerbe mit 20,5 Prozent. Zieht man jedoch nur die männlichen Arbeiter in Betracht...

Von den einzelnen Berufsarten innerhalb der Gewerbegruppen marschieren die Tischler an erster Stelle mit der Zahl der für sie geschlossenen Tariftgemeinschaften...

Dem Geltungskreis nach gruppiert, stellen sich der 7800 (906) als Firmentarife, 1388 (220) als Ortstarife, 1531 (120) als Bezirkstarife und 11 für 9239 Betriebe und 80 945 als Reichstarife.

Der Gesamtdurchschnitt sämtlicher Gewerbegruppen ergibt, daß auf eine Tariftgemeinschaft 14,9 (in der Holzindustrie 15) Betriebe und 146,6 (122,7) Personen entfallen.

(Schluß folgt.)

Die Konferenz der Rammader.

Nun ist der Wunsch der Kollegen aus der Ramm- und Haarschmudbranche auf Abhaltung einer Konferenz erfüllt.

Ungeachtet des Umstandes, daß die Zentralkommission mit den Kollegen in 32 Orten Verbindungen unterhält, hätte man mit einer stärkeren Vertretung rechnen können.

Erfreulicherweise sind das aber Dinge, die, wie der Vertreter des Verbandsvorstandes ausführte, der Vergangenheit angehören.

Am stärksten ist nach dieser vergleichenden Tabelle der Tarifgedanke in das polygraphische Gewerbe eingebunden.

* 7. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt. Die Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1912.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Eisfluren, Maschinenisten und Hilfsarbeitern** nach Breslau (Waggonfabrik Dinte-Hofmann-Werke), Lorzelow, Wilkau in Sachsen, Assen in Holland, Genf.
- Stahlbauern und Polierern** nach Neuhausen i. Sa. (Otto Seifert), Wilkau i. Sa.
- Vergoldern, Grundrißern, Verzieren und Farbigmachern** nach Olatbrugg bei Zürich (Dellers).
- Stellmachern** nach Breslau (Waggonfabrik Dinte-Hofmann-Werke).
- Korbmachern** nach Donnern (Stintel, Aufberthebe), Geseke münde (Abamit), Schiffborferdam bei Geseke münde (Müller), Kristiania in Norwegen, Stockholm.
- Rammern** nach Oresheim (West).

mäßig eine starke Vermehrung des Andranges zu konstatieren. Im November 1912 kamen 222,7, im Dezember 206,8 Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen. Im Jahre 1913 war die Andrangsziffer auf 332,7 im November angewachsen, und sie erreichte im Dezember die außergewöhnliche Höhe von 408,7 Arbeitsuchenden auf je 100 offene Stellen. Nur das Jahr 1908 zeigt mit 515,8 eine stärkere Andrangsziffer. Ob aber damals die Arbeitslosigkeit wirklich größer war, oder ob die kleinere Ziffer des Jahres 1913 nicht ihre Erklärung in dem inzwischen erfolgten Ausbau der Arbeitsnachweise Statistik ihre Erklärung findet, möchten wir dahingestellt sein lassen. Noch stärker als die Zahl der Arbeitsuchenden bei den Arbeitsnachweisen ist die Zahl der Arbeitslosen angewachsen. Während Ende November 5,84 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos waren, stieg die Arbeitslosenziffer Ende Dezember auf 11,01 Prozent. Hierbei ist aber zu beachten, daß sich die Statistik der Arbeitsnachweise auf den ganzen Monat erstreckt, während die Zählung der Arbeitslosen nur jeweils am letzten Tage des Monats vorgenommen wird und am 31. Dezember auch die Kollegen als arbeitslos gezählt werden, die um die Weihnachtszeit für einige Wochen aussetzen müssen. Die am 31. Dezember 1913 festgestellte Arbeitslosigkeit ist die höchste, die, seitdem die regelmäßigen Arbeitslosenzählungen im Verband eingeführt sind, jemals beobachtet wurde; am Ende des Jahres 1908 waren 8,89 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos.

Während die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten des Jahres immer schlimmer wurde, wurden die Besitz der Aktien von Unternehmungen des Holzgewerbes gleichzeitig durch einen angenehmen Umschwung der Kursbewegung erfreut. Die Wertkurve der Aktien des Holzgewerbes, die vorher stark gefallen waren, zeigen seit dem Monat November wieder eine Aufwärtsbewegung, die auch im Dezember angehalten hat. Der Durchschnittskurs dieser Aktien, der im Dezember 1912 auf 181,61, im Oktober 1913 auf 189,37 gestanden hatte, war im November auf 192,26 und im Dezember auf 194,41 gestiegen. Im Monat Dezember hat von den für uns in Betracht kommenden Aktiengesellschaften nur die Hannoverische Waggonfabrik Akt. Ges. in Nidlingen ihre Bilanz veröffentlicht. Das Ergebnis war recht zufriedenstellend. Die Dividende auf das 2.000.000 Mk. betragende Aktienkapital, die im Vorjahre auf 8 Prozent bemessen wurde, konnte auf 10 Prozent erhöht werden. Betrachtet man die Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften des Holzgewerbes, die im Laufe des Jahres 1912 ihre Bilanzen in vergleichbarer Weise veröffentlicht haben, im ganzen, dann ist allerdings ein Rückgang der Rentabilität zu konstatieren. Die Dividende ging von durchschnittlich 9,4 Prozent auf 8,5 Prozent zurück. Aber auch das ist ein ganz annehmbarer Durchschnittssatz. Den im Jahre 1913 so schwer von der Arbeitslosigkeit heimgesuchten Holzarbeitern bleibt die Bemerkung, daß wenigstens die Aktionäre keine Not gelitten haben.

Agitation im Dresdener Gau.

Um den kleinen Rückgang an Mitgliedern, der auch in unserem Gau infolge ungünstiger Ereignisse zu verzeichnen war, aufzuhalten und die Organisation wieder vorwärts zu bringen, wurde im vergangenen Herbst eine intensive Agitation vom Gauvorstand eingeleitet. In verschiedenen Zahlstellen, in denen eine Nachhilfe seitens des Gauvorstandes besonders notwendig erschien, wurden Vertrauensmännerbesprechungen arrangiert, in denen der Agitationsplan durchgesprochen wurde. Neben der Abhaltung von Betriebsbesprechungen ist vor allen Dingen die Hausagitation das Gebiet, welches noch die meiste Aussicht auf Erfolg verspricht. So wurden denn auch die Zahlstellen mittels Zirkulars angewiesen, zunächst die Adressen der Unorganisierten zu ermitteln. Hierzu wurden den Verwaltungen gedruckte Karten verabfolgt, die dann auch bei der Agitation behilflichen Kollegen gute Dienste leisteten. Diese Karten werden im Gau eine dauernde Einrichtung bleiben, da sie eine gute Kontrolle über den Stand der Unorganisierten und deren Organisationsfähigkeit ermöglichen. Die Hauptsache ist jedoch, daß auch die Verwaltungen dieses Kartenmaterial sorgfältig sammeln, damit es jederzeit zur weiteren Agitation benutzt werden kann. Insbesondere wird dadurch den neugewählten Verwaltungen die Arbeit erleichtert.

Um festzustellen, inwieweit und mit welchem Erfolg die Verwaltungen der Aufforderung, Hausagitation zu treiben, nachgekommen sind, wurden an die Verwaltungen Fragebogen verschickt, die von insgesamt 50 Zahlstellen ausgefüllt wurden, nur die Zahlstellen Bischofswerda, Ebersbach und Radeburg haben, trotz Mahnung, den Fragebogen nicht zurückgeschickt, wahrscheinlich, weil sie keine Agitation betrieben haben. Die Fragebogen gewähren dem Gauvor-

stand einen ziemlich genauen Ueberblick über den Eifer, mit dem die Agitation in den einzelnen Zahlstellen betrieben wurde, sie geben auch manche Fingerzeige, die bei zukünftiger Agitation Beachtung finden werden. Insgesamt wurden 3185 Adressen von Unorganisierten ermittelt. In 88 Zahlstellen wurden 1250 Unorganisierte aufgeführt und bearbeitet, mit dem Erfolg, daß sich 200 davon in den Verband haben aufnehmen lassen. Der wirkliche Erfolg ist jedoch noch größer, da bekanntlich oft erst nach der Hausagitation sich noch verschiedene Kollegen zum Verband anmelden. Die Hausagitation ist aber nicht nur bei den Unorganisierten betrieben worden, sondern zum Teil auch bei denen, die aus irgendwelchen Ursachen dem Verband untreu werden wollten und auch dadurch zum Teil dem Verband als Mitglieder erhalten blieben. Wenn der Erfolg der Hausagitation auch kein gewaltiger ist, so ist aber doch von den Zahlstellen, die sich der mühsamen Arbeit der Hausagitation unterzogen haben, der Beweis erbracht, daß bei gutem Willen auch auf diesem Gebiete noch Fortschritte zu erreichen sind. Das mögen sich vor allem diejenigen Zahlstellen gesagt sein lassen, die wohl aus Bequemlichkeitsrücksichten immer sagen: „Die Hausagitation hat doch keinen Zweck“, und dann eben lieber gar nichts unternehmen. Gewiß ist es schwer, vielleicht auch schwerer wie in früheren Jahren, durch Hausagitation Mitglieder zu gewinnen, zumal, wenn es sich um solche Kollegen handelt, die schon früher mal Mitglieder waren. Und das ist leider ein großer Teil von denen, die bei der Hausagitation wieder mit besucht werden müssen. Weil sich aber oft keine andere Möglichkeit bietet, an die Kollegen heranzukommen, muß der Versuch mit der Hausagitation immer wieder unternommen werden.

Die Kleinagitation der Verwaltungen wurde unterstützt durch vom Gauvorstand arrangierte öffentliche Holzarbeiter-Veranstaltungen mit dem Thema: „Krisis — Arbeitslosenfürsorge — Holzarbeiter-Verband.“ Leider wiesen die Veranstaltungen durchweg einen geringeren Besuch auf, als die sonst vom Vorstand arrangierten Agitationsveranstaltungen. Vielleicht liegt es mit daran, daß nicht ebenso, wie bei den über den ganzen Verband stattfindenden Versammlungen, in der „Holzarbeiter-Zeitung“ dafür Propaganda entfaltet worden ist. Auffallend war aber, daß gerade in den Orten, wo die Krise sich am meisten bemerkbar gemacht hatte, der Versammlungsbesuch der schlechteste war. Hier zeigte sich, daß die Sorge um die Existenz ein lähmendes Gefühl bei den Arbeitern auslöst, wodurch auch eine gewisse Gleichgültigkeit wichtigen Aktionen gegenüber erzeugt wird. Immerhin boten die Versammlungen aber reichlich Stoff, den Gebanten der Organisation zu vertiefen, zumal ja auch das Thema geeignet war, die Notwendigkeit der Organisation in der gegenwärtigen Zeit den Kollegen besonders drastisch vor Augen zu führen. Die Versammlungen werden aber ihre Früchte nur dann tragen, wenn die Verwaltungen unausgesetzt bemüht sind, die Agitation weiter zu betreiben. Hierin darf es keinen Stillstand geben. Wir richten diese Mahnung insbesondere an die neugewählten Verwaltungen in der Erwartung, daß sie recht eifrig an dem Ausbau der Organisation arbeiten.

D. Sch.

Soziales.

Das Reichvereinsgesetz in Theorie und Praxis.

Vor acht Jahren ist das Reichvereinsgesetz in die Welt gesetzt worden als das Produkt der widerrechtlichen Paarung zwischen Konservativen und Liberalen. Die ungleiche Ehe ist längst geschieden, aber das in ihr gezeugte Kind lebt und hat sich als ein rechter Wechselbalg entwickelt. Die Liebe zu dem Sprößling macht jedoch seine liberalen Väter blind. Obwohl sie selbst schon seine Unarten zu kosten bekommen haben, geben sie sich alle Mühe, ihn zu schütten und zu verteidigen. Im Rahmen der Debatte über den Etat des Reichsamtes des Innern fand am 4. und 5. Februar im Reichstag eine ausgiebige Debatte über das Reichvereinsgesetz statt. Hierzu lagen Anträge von den Sozialdemokraten, den Polen und dem Zentrum vor, die auf eine Abänderung der gefährlichsten Bestimmungen des Vereinsgesetzes abzielten. Das Verbot des Gebrauchs einer nichtdeutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen, welches das Reichvereinsgesetz enthält, ist dazu bestimmt, besonders die Polen und Dänen zu schikanieren. Von Polizeimännern mit robustem Gewissen wird diese Bestimmung in einer Weise angewendet, die Deutschland zum Gespött für die ganze Welt macht. Ein sehr beliebtes Objekt für Schikanen, die mit Bestimmungen des Reichvereinsgesetzes begründet werden, sind die Gewerkschaften. Hierfür brachte der Vorsitzende der Generalkommission, Legien, ein umfangreiches Material vor, wofür ihm die von unserem Verbandsvorstand herausgegebene Broschüre „Politik und Gewerkschaften“ gute Unterlagen bot. Aber nicht nur unser Holzarbeiter-Verband hat unter der Sucht zu leiden, die Organisation und einzelne Zahlstellen als politische Vereine zu erklären und sie den für diese geltenden Beschränkungen zu unterstellen; in der gleichen Lage befinden sich viele andere Gewerkschaften. Gerade das Reichvereinsgesetz ist ein Musterbeispiel für die Wertlosigkeit von Erklärungen, mit welchen Regierungsvertreter dem widerstrebenden Reichstag die Annahme von nicht ganz eindeutigen Gesetzesbestimmungen schmackhaft zu machen suchen. Legien erinnerte an die Reden, mit welchen der damalige Staatssekretär Bethmann Hollweg die Liberalen eingeseift hat. Inzwischen ist Bethmann Hollweg Reichskanzler geworden, aber an die Einlösung der gegebenen Versprechungen denkt man nicht. Für die Auslegung der Gesetze ist lediglich deren Wortlaut maßgebend, und wir haben nicht nur schneidige Polizeibeamte, sondern auch gesinnungstüchtige Richter, die es verstehen, den Gesetzen eine Auslegung zu geben, die zwar ihrem Sinn und Wortlaut widerspricht, aber dem in den oberen Regionen herrschenden Wind Rechnung trägt.

Die Reichsregierung ließ durch einen Geheimrat erklären, daß sie an der Handhabung des Vereinsgesetzes völlig unschuldig sei. Das sei Sache der Bundesregierungen. Ein starkes Stück war die Behauptung, daß die Ausführungsbestimmungen sämtlich vom Wunsch getrag'n seien, das Reichvereinsgesetz in einem loyalen, von Schikanen freiem Sinne auszuführen. Angesichts des vorgetragenen, erdrückenden Materials, für die Unloyale Handhabung des Vereinsgesetzes,

gehört ein gewisser Mut dazu, eine solche Erklärung abzugeben.

Eine merkwürdige Rolle spielten in der Debatte die Vertreter der liberalen Parteien. Den Mißbrauch, der mit dem Vereinsgesetz getrieben wird, können sie nicht bestreiten, aber es handelt sich ja um ihr Kind, dem sie mit Offenliebe zugehen sind. Von einer Aenderung des Gesetzes wollen sie nichts wissen, es soll nur besser angewendet werden. Bei der Abstimmung stimmten denn auch die Nationalliberalen mit den Konservativen gegen die vorliegenden Anträge. In der Volkspartei herrschte bei der Abstimmung einige Konfusion, bei ihren Mitgliedern kämpften die Vaterlandsgefühle gegen die Erkenntnis des wahren Charakters des Vereinsgesetzes. Bei der getrennten Abstimmung über die verschiedenen Wünsche der Antragsteller stimmten deshalb die Volksparteiler zum Teil gegeneinander. Die Anträge auf Abänderung des Vereinsgesetzes wurden in der Hauptsache mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Polen angenommen. Leider ist kaum zu erwarten, daß der Bundesrat diesen Beschlüssen des Reichstages Folge geben wird.

Bei dieser Gelegenheit wurden auch gleich einige andere Anträge erledigt. Die Resolution der Konservativen, die ein Gesetz gegen das Koalitionsrecht und ein Verbot des Streikpostenstehens verlangte, wurde mit einer noch größeren Mehrheit abgelehnt als das letzte Mal. Für sie stimmten nur Konservative und Reichspartei. Abgelehnt wurde ein nationalliberaler Antrag, welcher eine Beschleunigung der von der Regierung vorbereiteten Denkschrift über den Koalitionszwang verlangte. Dagegen wurde ein von den christlichen Arbeiterssekretären gestellter Antrag, diese Denkschrift auch über den Koalitionszwang der Unternehmer auszudehnen, angenommen. Dergleichen auch ein nationalliberaler Antrag, welcher die Berlegung einer Denkschrift über die Rechtsverhältnisse der Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben forderte. Mit den, die Beschlüsse des Reichstages missachtenden Entschleunigungen des Bundesrats will sich nun auch der Reichstag noch einmal näher beschäftigen. Es wurde beschlossen, diese Entschleunigungen der Budgetkommission zu überweisen. Dieser Antrag war vom Zentrum gestellt. Ob aber diese Partei wirklich die Absicht hat, die Rechte des Reichstages gegenüber dem Bundesrat ernstlich wahrzunehmen, muß abgewartet werden.

Die Stadt München und die Arbeitslosen. Zur Bindeung des durch die große Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Notstandes, der in München einen außergewöhnlichen Umfang angenommen hat, erläßt der Magistrat einen Aufruf, in welchem er an die Mildtätigkeit der Bürger appelliert. Die Stadtgemeinde hat für den Zweck bereits 100.000 Mk. bewilligt, doch ist diese Summe bei weitem nicht ausreichend. In dem Aufruf wird mitgeteilt, daß ein Bürger bereits 10.000 Mk. gespendet habe, dessen Beispiel zur Nachahmung empfohlen wird.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Gemäß den Bestimmungen des Statuts berufen wir hierdurch den zehnten Verbandstag auf Sonntag, den 24. Mai d. J., nach Dresden ein. Am 24. Mai findet abends die konstituierende Vorversammlung statt, während am 25. Mai die eigentlichen Verhandlungen des Verbandstages beginnen werden. Bezüglich der Wahl der Delegierten sind den Zahlstellenverwaltungen vor einigen Wochen mittels Zirkulars die nötigen Mitteilungen zugegangen. Neben der Aufstellung von Kandidaten und den sonstigen Vorbereitungen zu den Delegiertenwahlen haben die Zahlstellen sich nun auch mit der Beratung einiger Anträge für den Verbandstag zu befassen. Nach § 130 des Statuts müssen alle Anträge für den Verbandstag in der Mitgliederversammlung der Zahlstelle vorberaten werden und sind alsdann durch die Lokalverwaltung acht Wochen vor dem Verbandstag an den Verbandsvorstand einzureichen, welcher sie sechs Wochen vor Eröffnung des Verbandstages in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen hat. Anträge von Zahlstellenmitgliedern, welche der Mitgliederversammlung nicht vorgelegen haben, werden nicht zugelassen. Von der Zahlstellenversammlung abgelehnte Anträge können zugelassen werden, wenn nach der Ablehnung mindestens ein Viertel der Zahlstellenmitglieder sie durch Unterschrift unterstützen. Wir ersuchen, alle Anträge dementsprechend bis zum 28. März an uns einzufenden, damit sie rechtzeitig von uns veröffentlicht werden können. Jeder einzelne Antrag ist für sich auf einem besonderen Blatt Papier einzureichen. Die Namen der von den Zahlstellen aufgestellten Kandidaten müssen bis zum 20. Februar an uns eingereicht werden. Die Delegiertenwahlen finden an einem von der Lokalverwaltung jeder Zahlstelle festzusetzenden Tage in der Woche vom 15. bis 21. März statt. Gleichzeitig mit den Wahlen zum Verbandstag ist auch die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress vorzunehmen. Das Wahlreglement nebst der Einteilung der Wahlabteilungen sind in dem erwähnten Zirkular enthalten. Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokaltagesbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. Februar beträgt in Angermünde 80 Pf., Peine 75 Pf., Wölfs 65 Pf., ab 15. Februar in Paeßwalde 70 Pf., ab 1. März in Hellestein 70 Pf. Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 7. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig geworden. In unserem Hauptbüro sind zwei neue Hilfsarbeiterstellen zu besetzen, welche hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben werden. Als Bewerber sind nur Verbandsmitglieder zugelassen. Dieselben müssen längere Jahre praktische Erfahrungen im

